

TAGESSCHAU

US-Präsident Obama legt Veto gegen 9/11-Gesetz ein

Washington. US-Präsident Barack Obama hat sein Vetorecht genutzt, um ein Gesetz zum Klagerecht für Opfer der Terroranschläge vom 11. September 2001 zu verhindern. Dem Gesetz zufolge könnten etwa Hinterbliebene direkt die Regierung von Saudi-Arabien verklagen. Laut Obama würde dies die Souveränität Saudi-Arabiens verletzen und dazu führen, dass auch über die USA eine Klagewelle hereinbrechen könnte. Der US-Kongress hatte das Gesetz verabschiedet und könnte nun seinerseits die Obama-Entscheidung rückgängig machen. Dazu wäre eine Zwei-Drittel-Mehrheit nötig. – dpa/Kommentar Seite 2

IWF-Griechenland-Report: Schuldenerlass unumgänglich

Athen/Washington. Selbst wenn Griechenland alle geplanten Strukturreformen und Sparmaßnahmen umsetzt, ist ein weiterer Schuldenerlass seitens der Gläubiger aus Sicht des Internationalen Währungsfonds (IWF) unumgänglich. Dies ist das Ergebnis einer Prüfung des hoch verschuldeten Landes durch den IWF. Die Schulden Athens seien trotz aller bisherigen Reformen weiter gestiegen, teilte der Fonds mit. Es könne angesichts der wirtschaftlichen Situation mit einer zweistelligen Arbeitslosenquote nicht davon ausgegangen werden, dass Griechenland „einfach aus seinen Schulden herauswächst“. – dpa

Islamkritischer Journalist in Jordanien erschossen

Kairo. Der islamkritische jordanische Journalist Nahed Hattar ist in der Hauptstadt Amman erschossen worden. Der Täter feuerte gestern außerhalb eines Gerichtsgebäudes drei Schüsse auf den 56-Jährigen ab, wie die Nachrichtenagentur Petra berichtete. Nach Angaben lokaler Medien war Hattar auf dem Weg zu seinem eigenen Prozess, als er ermordet wurde. Der mutmaßliche Attentäter feuerte einem Augenzeugen zufolge aus etwa einem Meter Entfernung auf sein Opfer. Der Täter wurde später gefasst. – dpa

Erstes TV-Duell zwischen Clinton und Trump steht an

Hempstead. Mit Spannung wird im US-Wahlkampf das erste TV-Duell zwischen den beiden Präsidentschaftskandidaten erwartet. Die Demokratin Hillary Clinton und ihr republikanischer Konkurrent Donald Trump werden am heutigen Abend (21 Uhr Ortszeit/3 Uhr MESZ) in der Hofstra Universität in Hempstead (New York) aufeinander treffen. Bislang standen sie noch gemeinsam auf einer Bühne. Die Debatte markiert zudem den Beginn der letzten Phase des Wahlkampfs. Die Wahl selbst findet am 8. November statt. – dpa

DA SCHAU HER

Merkel hätte sich eigenes Restaurant vorstellen können

Berlin. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat während ihres Studiums mit einer Restauranteröffnung geliebäugelt. In einem Interview für die Jubiläumsausgabe der „Wirtschaftswoche“ sagte Merkel: „Wir haben als Studenten im Studentenclub Discos veranstaltet. Da habe ich gearbeitet und mir vorgestellt, ich könnte auch ein nettes Restaurant betreiben.“ Als dies nach der Deutschen Einheit möglich gewesen wäre, habe sie aber „immer gut zu tun gehabt“, weil sie gleich Bundesministerin wurde. In ihrer wenigen Freizeit kocht und backt die Politikerin gerne. – dpa/F.: dpa

PASSAUER NEUE PRESSE

Gründer: Dr. Hans Kapfinger (†)
 HERAUSGEBER: Passauer Neue Presse GmbH, Passau, vertreten durch die Gesellschafterversammlung
 GESCHÄFTSFÜHRUNG: Simone Tucci-Diekmann
 Chefredakteur: Ernst Fuchs
 Stellvertretende Chefredakteure: Alexander Kain, Martin Wanningner.
 Chefin vom Dienst: Carola Holler.
 Nachrichten: Karl Birkenseer; Feuilleton: Raimund Meisenberger; Sport: Martin J. Freund.
 Korrespondenten: Alexander Kain (München); Andreas Herholz (Berlin); Ludmila Rakusan (Prag); Hendrik Beber (London).
 Internet: www.pnp.de
 Redaktionsanschrift: Passauer Neue Presse GmbH, Medienstraße 5, 94036 Passau. ☎ 0851/802-0. Postanschrift: Postfach, 94030 Passau, E-Mail: redaktion@pnp.de.
 Anzeigen: Mario Seewald, E-Mail: anzeigen@pnp.de.
 Verlag: Passauer Neue Presse GmbH, Medienstraße 5, 94036 Passau. ☎ 0851/802-0; Telefax 0851/802-256 (Verlag und Redaktion); Telefax 0851/802-330 (Anzeigen).
 Druck: Passauer Neue Presse Druck GmbH, Medienstraße 5a, 94036 Passau.
 Vertrieb: Neue Presse Zeitungsvertriebs-GmbH.
 Abo-Service: ☎ 0851/802-239, Telefax 0851/802-580, E-Mail: vertrieb@pnp.de.

CDU und CSU betonen Einigkeit

Erster „Deutschlandkongress“: Parteien streiten aber weiter um richtige Flüchtlingspolitik



Seite an Seite: Der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) und die bayerische Landtagspräsidentin Barbara Stamm (CSU) beim Auftakt der „Deutschlandkongresse“ der Schwester-Parteien in Würzburg. – Foto: Nicolas Armer/dpa

Von Bastian Benrath

Würzburg. CDU und CSU haben sich auf ihrem ersten von sechs „Deutschlandkongressen“ demonstrativ um Einigkeit bemüht, ihre Differenzen jedoch nicht beilegen können. Die Vertreter der Parteien waren sich in Würzburg einig, dass zeitnah eine Lösung im Streit um die Flüchtlingspolitik gefunden werden müsse. Auch schade es, um „Schlagworte“ zu streiten. „Glaubt irgendjemand, dass wir die Chance haben, Deutschland in die richtige Richtung zu entwickeln, wenn wir uns zerlegen?“, fragte Hessens Minister-

präsident Volker Bouffier (CDU). Die Präsidentin des bayerischen Landtags, Barbara Stamm (CSU), sagte, sie sei „zuversichtlich“, dass die Vorsitzenden beider Parteien aufeinander zugehen würden. Stamm und Bouffier leiteten den Kongress mit dem Titel „Zusammenhalt der Gesellschaft“. Dass eine Lösung im Streit über die von der CSU verlangte und von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) strikt abgelehnte konkrete Obergrenze für neu nach Deutschland kommende Flüchtlinge auf dem Kongress gefunden werden könnte, war in den Parteien nicht erwartet wor-

den. Dazu dürfte ein Sondertreffen zwischen Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer möglicherweise im Laufe des Oktobers notwendig werden. Insbesondere bei Vertretern aus der zweiten Reihe wurde jedoch deutlich, dass die Parteien in der strittigen Frage einer Obergrenze für Flüchtlinge nach wie vor auseinanderliegen. Es sei „nicht vorstellbar“, bei politisch verfolgten Flüchtlingen eine Obergrenze einzuführen, sagte Karl-Josef Laumann (CDU), Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeit-

Bayerns Sozialministerin Emilia Müller (CSU) beharrte darauf, das Dublin-System, wonach Flüchtlinge in das EU-Land zurückgeschickt werden müssen, das sie als erstes betreten haben, müsse wieder in Kraft gesetzt werden. Auch Stamm hatte mehrfach betont, Deutschland müsse an seinen Grenzen „wieder Recht und Gesetz umsetzen“. Laumann verwies darauf, dass Grenzstaaten wie Griechenland dann die gesamte Last der ankommenden Flüchtlinge alleine tragen müssten. Er entgegnete: „So einfach sind die Antworten im Moment nicht.“ – dpa

EU-Parlament rückt vom Verteilungsschlüssel ab

Frankfurt/Berlin. Die großen Fraktionen im Europäischen Parlament sind einem Zeitungsbericht zufolge bereit, von ihren Beschlüssen zu einer verpflichtenden Verteilung von Flüchtlingen auf alle Mitgliedstaaten abzurücken. „Wenn wir auf andere Art und Weise einen Schritt vorankommen, etwa durch mehr Neuansiedlungen oder durch andere Maßnahmen, dann sollten wir das unbedingt versuchen“, sagte Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD)

der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Schulz bezog sich auf das Angebot von Ungarn, Polen, Tschechien und Slowakei, in der Flüchtlingspolitik nach dem Grundsatz „flexibler Solidarität“ zu verfahren. „Ich begrüße es, wenn nun auch die Visegrad-Staaten bereit sind, etwa über ein stärkeres finanzielles Engagement zu sprechen.“ Auch Manfred Weber (CSU), Vorsitzender der EVP-Fraktion, äußerte sich in dem Bericht zustimmend. – kna

CDU-Abgeordnete empört mit Nazi-Tweet

Leipzig. Die umstrittene Leipziger CDU-Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla hat mit einem Twitter-Kommentar zur Flüchtlingslage auch in den eigenen Reihen für Empörung gesorgt. Kudla benutzte in ihrer Kritik an der Asylpolitik von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) am Samstag den Nazi-Begriff „Umvolkung“. Kudla schrieb auf Twitter: „BK #Merkel streitet es ab, #Tauber träumt. Die #Umvolkung #Deutschlands hat längst begonnen. Handlungsbe-



Bettina Kudla

darf besteht!“ Mit „Umvolkung“ war im Nationalsozialismus die Germanisierung deutschfreundlicher Bevölkerungsgruppen in eroberten Ostereuropas gemeint. Der Begriff wird heute von Rechtsextremisten benutzt, um die Migrationspolitik zu kritisieren. – dpa/F.: dpa

Fragezeichen bei Gauck-Nachfolge

Große Koalition sucht gemeinsamen Kandidaten

Von Thomas Lanig

Berlin. Union und SPD suchen gemeinsam nach einem Kandidaten für die Nachfolge von Bundespräsident Joachim Gauck. Darauf haben sich laut „Spiegel“ Kanzlerin Angela Merkel (CDU), der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel und CSU-Chef Horst Seehofer verständigt. Gesucht wird ein Präsident, der ein möglichst breites politisches Spektrum repräsentiert. Für ein Bündnis von SPD, Grünen und Linken bei der Wahl am 12. Februar 2017 gibt es derzeit ebenso wie für eine schwarz-grüne Lösung kaum Chancen. Union und SPD hätten sich allerdings bei einem ersten möglichen Kandidaten bereits eine Abfuhr geholt, berichtet der „Spiegel“ weiter. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, habe es abgelehnt, als Bundespräsident zu kandidieren. Voßkuhle war bereits 2012 für das höchste Staatsamt im Gespräch gewesen. Als mögliche Kandidaten nennt der Bericht jetzt den früheren EKD-Ratsvorsitzenden Wolfgang Huber und die ehemalige Verfassungsrichterin Christine Hoffmann-Dennhardt. Das neue Staatsoberhaupt wird von der Bundesversammlung gewählt. Unter den 1260 Mitgliedern – je die Hälfte aus Bund und Ländern – haben CDU und CSU 542 bis 543 Stimmen. SPD, Grüne und Linke kommen zusammen auf 625 bis

628 Stimmen, knapp unter der absoluten Mehrheit. Im dritten Wahlgang genügt die einfache Mehrheit. CDU-Generalsekretär Peter Tauber sprach sich am Wochenende klar für einen parteiüber-



Kandidaten-Suche: Wer soll Joachim Gauck als Bundespräsident oder Bundespräsidentin nachfolgen? – F.: Kappeler/dpa

greifenden Konsens bei der Nominierung eines Kandidaten aus. Die Parteien täten gut daran zu zeigen, dass dieses Amt nicht im Parteienstreit vergeben werden sollte, sagte Tauber in Deutschlandfunk. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sagte den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (u. a. „WAZ“), die Persönlichkeit des künftigen Präsi-

dent sei wichtiger als das Parteibuch. „Es wäre allerdings schon gut, wenn es sich um eine politisch erfahrene Persönlichkeit handelt.“ Ebenso wie Union und SPD setzen auch die Grünen offensichtlich auf eine parteiübergreifende Lösung. Die Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt sagte der Deutschen Presse-Agentur: „Wir wollen keinen Lager-Kandidaten weder in die eine noch in die andere Richtung.“ Es gehe nicht um Parteipolitik, sondern um den Zusammenhalt im Land. Das neue Staatsoberhaupt müsse in erster Linie Brücken bauen können. Auch der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) warnte davor, einen rot-rot-grünen Kandidaten zu nominieren. „Wir brauchen in Zeiten, in denen die AfD von Sieg zu Sieg eilt, einen Kandidaten, der weit über jedes Spektrum hinaus Akzeptanz findet, sagte Ramelow dem „Spiegel“. Gesucht werde eine „kluge, weltoffene, moderne und konservative Persönlichkeit“. Dagegen hält der Linken-Vorsitzende Bernd Riexinger einen rot-rot-grünen Kandidaten weiterhin für möglich. Dem „Handelsblatt“ sagte er, der Nachfolger oder die Nachfolgerin Gaucks müsse für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden stehen. „Ob mit oder ohne Parteibuch, das ist zweitrangig.“ – dpa

Schweizer Geheimdienst darf elektronisch überwachen

Bern. Die Schweizer haben gestern mit klarer Mehrheit für ein erheblich größere Überwachungsbefugnisse ihres Geheimdienstes gestimmt. Zugleich lehnten sie höhere Renten und eine grünere Wirtschaft ab. 66 Prozent der Referendumsteilnehmer votierten laut Hochrechnungen des Schweizer Fernsehens (SRF) für ein neues Geheimdienstgesetz, das es in Einzelfällen erlaubt, Telefonate abzuhören, Wohnungen zu verwahren und Computer anzuzapfen. Abgestimmt wurde dabei über ein bereits 2015 vom Parlament gebilligtes Gesetz über neue Regeln für den Nachrichtendienst des Bundes (NDB) bei der Bekämpfung terroristischer Gefahren. Für das elektronische Eindringen in die Privatsphäre von Bürgern müssen jeweils Bewilligungen von Regierungsstellen sowie des höchsten Schweizer Verwaltungsgerichts eingeholt werden. Gegner des Gesetzes hatten gewarnt, es werde der Weg in einen „Schnüffelstaat“ geebnet. Befürworter machten geltend, dass der Geheimdienst angesichts der Bedrohung durch die IS-Terrormiliz und andere Gewalttäter „nicht blind und taub“ sein dürfe. Er müsse vielmehr über alle erforderlichen Mittel verfügen, um bereits Planungen für Anschläge zu erkennen und unterbinden zu können. 63 Prozent der Wahlberechtigten sagten Nein zu einer Initiati-

DREI FRAGEN...

... zur zunehmenden Fremdenfeindlichkeit und Sprachverrohung in Deutschland an Schauspielerin und Autorin Renan Demirkan (61).



„Die Offenheit ist in Gefahr“

Frau Demirkan, Sie haben die Initiative „Checkpoint Demokratie“ gegen rassistische Hetze gestartet. Was hat Sie ange-trieben?
 Renan Demirkan: Rassistisch motivierte Übergriffe sind in Deutschland leider nicht neu. Physische Übergriffe, Mordanschläge, Brandsätze gegen Flüchtlingsheime – bei diesen Tätern hat sich die Humanität aufgelöst. In der AfD sehe ich ein bürgerliches Sammelbecken für Rassismus in neuen Farben. Wenn führende Köpfe in der Partei sagen, „völkisch“ sei ein normales Adjektiv, dann wird es für mich wirklich brenzlich. Das ist nicht mehr demokratisch. Auch der Begriff „Umvolkung“, den eine CDU-Abgeordnete jetzt benutzt hat, ist schlimm. Das Fundament der Demokratie ist die Offenheit, und die ist in Gefahr.

Ist Rassismus salonfähig geworden?
 Demirkan: Es gibt immer mehr Menschen, die von der Sündenbocktheorie überzeugt sind. Ich traf gerade einen Politiker aus Essen, der einmal ein Sozialdemokrat war. Jetzt sagt er, für die Probleme im Ruhrgebiet seien die Flüchtlinge verantwortlich, obwohl die Region seit dreißig Jahren im Umbruch ist. Das beängstigt mich.

Was ist Ihre Antwort auf diese Fremdenfeindlichkeit, die Verrohung der Sprache?
 Demirkan: So lange wir nichts vom anderen wissen – ob es nun ein Krimineller ist, ein Flüchtling oder ein Marsmensch –, sind wir skeptisch, das ist menschlich. In dem Moment, in dem ich den anderen kenne, ist er für mich nicht mehr bedrohlich. Dann erkenne ich das Gemeinsame, so dass ich ihn weder tötschlagen noch anzünden oder demütigen möchte. Das „Wir“ entsteht nur durch ein gemeinsames Miteinander, dem Reden, dann setzt sich die Vernunft durch.

Die Fragen stellte Tobias Schmidt – Foto: Ayshe Gallé